

Der I. Weltkrieg und die Weimarer Republik

(Zweifrontenkrieg: Frankreich ↔ Russland)

- 1914: Ost: Tannenberg (preußisch)
West: “Wunder an der Marne”: Stellungskrieg
- 1916: Ost: Vordringen und Demoralisierung der russischen Truppen durch Reisseer
West: Verdun
- 1917: Ost: Februarrevolution und Oktoberrevolution in Russland, aber erst am 3.3.1918
“Friede von Brest-Litofsk”
West: Siegfrieden-Stellung; II. Hungerjahr; Eintritt der USA in den Krieg
→ Spaltung der SPD in USPD (“Unabhängige Sozialdemokratische Partei”) und MSPD (“Mehrheitssozialdemokraten”)
→ MSPD verbündet sich mit Zentrum und Fortschrittspartei zum “Interfraktionellen Ausschuss”
→ Verabschiedung einer Friedensresolution (14.7.1917)
- 1918: West: Panzerangriff von Amiens; allmähliches Abrücken von dt. Anxionsvorstellungen

Lage 1918 zum Ende des I. Weltkrieges:

- Militärischer Zusammenbruch Bulgariens
- Waffenstillstandsangebot Österreich-Ungarns
- Bevorstehender Zusammenbruch Deutschlands (England hatte am 8.8.1918 Durchbruch durch dt. Linien erreicht)

29. September 1918: September: OHL¹ fordert Parlamentarisierung der Reichsverfassung (bedeutet: Parlament bekommt mehr Rechte, z.B. Initiativrecht; aus dem Parlament wird die Regierung gestellt) und Waffenstillstandsangebot;
Hoffnungen werden auf Wilson und seine 14 Punkte gesetzt.
→ Bildung einer neuen Regierung: Oktoberverfassung von 1918 (Prinz Max von Baden wird Reichkanzler (3.10.))

28. Oktober 1918: Reichsreform:
Konstitutionelle Monarchie → parlamentarische Monarchie

Gründe für die Reichsreform (= die Revolution von oben):

- Vermittlung und Unterstützung durch Wilson findet nicht statt
 - Waffenstillstand mit den USA nur mit Selbstaufgabe Deutschlands und innenpolitischen Veränderungen möglich
- als Haupthindernis für die Verständigung mit Wilson galt Kaiser Wilhelm II. → Rücktrittsforderungen

29. Oktober 1918: Marinemeuterei mit anschl. Streiks im Reichsgebiet
(→ Dolchstoßlegende)
→ Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten

8. November 1918: De facto Kapitulation bei geordnetem Rückzug

¹ (Oberste Heeresleitung - Generalfeldmarschall: von Hindenburg, Generalquartiermeister: Ludendorff)

- 9. November 1918:** - Verkündung des Rücktritts des Kaisers
 - Ausrufen der dt. Republik (bedeutet: neues polit. System ohne Monarchie/ohne den Kaiser) durch Philipp Scheidemann (MSPD) und der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht (USPD)
 → Scheidemann und Ebert kommen Liebknecht zuvor und verhindert so eine eventuelle erfolgreiche Errichtung einer Räterepublik nach sowjetischem Muster

Situation nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs:

- Friedensverhandlungen mit den Alliierten
- Rückführung und Demobilisierung der Truppen: Wirtschaft musste sich umstellen
 → Eingliederung ist soziales Problem
- Alliierte Hungerblockade führt zu Versorgungsengpässen
- Der alte Reichstag wurde nach dem 26. Oktober 1918 nicht mehr einberufen
- Die Arbeiter- und Soldatenräte sind politisch uneinheitlich – die Mehrheit jedoch erscheint eher gemäßigt
- Bürgerliche Parteien sind zunächst wie gelähmt

- 10. November 1918:** - Kaiser Wilhelm II. geht ins Exil nach Holland
 - Die OHL "hilft" der Republik nur gegenüber den Soldaten- und Arbeiterräten und sozialistischen Revolutionären, sonst nicht, da sie die Folgen des Krieges nicht verantworten will. Die Republik steht somit im Feuer von rechts und von links. Sie kann sich der Loyalität der ehemaligen kaiserlichen Bürokratie (+Rechtsprechung) nicht sicher sein.
 - „Rat der Volksbeauftragten“ bildet provisorische Regierung:
 3 x MSPD, 3 x USPD

Situation der provisorischen Regierung:

- MSPD will: Nationalversammlung und parlamentarischer Weg
- USPD (linkssozial, kommunistisch) will erst Fakten (z.B. Enteignung) schaffen, die eine bürgerliche Renaissance unmöglich machen → den Weg ebnen zum Sozialismus
- Spartakusbund (kommunistisch: will Revolution wie in Russland (das würde Enteignung der Bürger/Bauern bedeuten, alles würde gleich gemacht), ab 1919 KPD) ist gegen Neuwahlen der Regierung
- Die Volksbeauftragten haben das Mandat durch die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, die allerdings auch einen Vollzugsrat bestellen.
- F. Ebert kommt eine Schlüsselposition als Reichskanzler zu, ernannt durch Max von Baden.
- die alte Verwaltung bleibt bestehen, ebenso die Fachminister
- Verwaltung von Reich und Länder größtenteils eigenständig
- Die föderalistischen Kräfte sind zunächst stärker als die zentralistischen

1. Basiskompromiss:

Am **10. November 1918** einigt sich Ebert mit General Groener, die Bolschewisten zu bekämpfen
 → zur Aufrechterhaltung der staatl. Ordnung (lt. Ebert)
 → zum Ebnen des Weges des Offizierskorps in die neuen Verhältnisse (lt. Groener)
 Jedoch: mit diesem Heer ist kein Bürgerkrieg mehr möglich - aus Einheiten der Reichswehr werden Freikorps (Freiwilligenverbände) gebildet.

11. November 1918: Hindenburg verlangt Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch Matthias Erzberger (Vertreter der Reichsregierung), Erzberger unterzeichnet den Waffenstillstand (→ Räumung der Gebiete, Entwaffnung, Einzug der Alliierten)

2. Basiskompromiss:

15. November 1918: (1 Woche nach Waffenstillstand) Einigung zwischen Arbeitgebern (Stinnes) und Gewerkschaften (Legien) über Achtstundentag (→ Lohnkosten werden teurer (→ Gewinneinbußen), Produktionskosten müssen gesenkt werden, Produktivität muss erhöht werden), Koalitionsrecht, Tarifautonomie (= Parteien handeln eigenständig Tarife aus), Schlichtungsinstanzen für Arbeitskonflikte

→ Grund: Arbeitgeber wollen lieber Zusammenschluss mit Gewerkschaften als Räterepublik (wie die USPD es will)

→ Eine Zentralarbeitsgemeinschaft - ZAG - soll sozialpartnerschaftliche Politik weiterführen, was eine Vorentscheidung zugunsten der Privatwirtschaft bedeutet.

20. Dezember 1918: Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte beschließt Wahl zur Nationalversammlung 1919 (19. Januar 1919) und spricht sich für eine repräsentative Verfassung aus. → nach dem Willen der SPD! USPD war in der Minderheit.

Räte bekommen nur „Teilwille“, dem der „Volkswille“ übergeordnet ist.

→ Rasche Neukonstituierung der Parteien:

DNVP: Deutschnationale Volkspartei, Konservative

DVP: Deutsche Volkspartei: rechtsliberale Partei

DDP: Deutsche Demokratische Partei: (links-)liberale Partei

Zentrum

+ (SPD)

+ (USPD)

24. Dezember 1918: „Volksmarinedivision“ wird von Ebert aus dem Berliner Schloss vertrieben

→ Volksbeauftragte der USPD treten zurück von ihren Ämtern

→ Aufstand des Spartakusbunds

13. Januar 1919: Niederschlagung des Spartakusaufstandes unter Noske (SPD) durch Freikorps und Regierungstruppen

→ Rätebewegung wird weiter geschwächt

Ermordung Karl Liebknichts und Rosa Luxemburgs (Spartakusbund) → es kam zu keiner Verhandlung/Verurteilung

In München wird eine Räterepublik errichtet und am 1. Mai 1919 blutig niedergeschlagen.

19. Januar 1919: Wahl zur Nationalversammlung:

- Wahlalter auf 20 Jahre gesenkt

- Aktives und passives Wahlrecht für Frauen

- Verhältniswahlrecht

→ breitere Legitimationsgrundlage

→ repräsentative Demokratie

Ergebnis: erfolgreicher Wahlkampf der bürgerlichen Parteien, die sich von vornherein für die parlamentarische Demokratie ausgesprochen hatten:

→ Weimarer Koalition: DDP + Zentrum + SPD

(Problem: Es gibt keine Opposition, die die parlamentarische Demokratie grundsätzlich bejaht.)

6. Februar 1919: Nationalversammlung wird in WEIMAR eröffnet:
(Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gab sein Mandat und damit die Souveränität in die Hände der Nationalversammlung.)

10. Februar 1919: Gründung eines provisorischen Staates mit einem „Vorläufigen Grundgesetz“, Ausarbeitung einer Verfassung (die am 31. Juli 1919 angenommen wird. s.u.);
Ebert ist Reichspräsident, Scheidemann ist Ministerpräsident

28. Juni 1919: Versailler Verträge:
Verhandlungen der 27 anwesenden Staaten ohne die Besiegten.
Österreich erhält Separatfrieden (Die USA haben die Verträge nicht unterzeichnet!)

Wichtigste Folgen für die Weimarer Republik:

- Laut Art. 231 wird Deutschland mit der Alleinschuld belastet
- Demzufolge soll Deutschland die entstandenen Schäden bezahlen. (= Reparationszahlungen in unbegrenzter Höhe) – Frankreich und Großbritannien haben erhebliche Schulden gegenüber den USA.
- Hohe Gebietsverluste (Grundlage für territoriale Regelungen ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker): Z.B.: Rheingebiet, Saargebiet, Elsaß und Lothringen, dt. Kolonien, Oberschlesien
- Polen wird neu gegliedert, polnische Korridor, Danzig wird „freie Stadt“
- Entwaffnung: 100 000 Mann-Heer, keine U-Boote, keine Panzer

Probleme der Weimarer Republik:

- die Republik wird für den Vertrag und die Folgen des Krieges verantwortlich gemacht
- die Heimat wird für die Niederlage verantwortlich gemacht: “Novemberverbrecher”
- wirtschaftliche Probleme: hohe Staatsschulden aus dem Krieg, hohe Reparationsforderungen
- das politische System ist nicht die Folge einer Revolution, sondern Folge einer Niederlage
- Viele sind grundsätzlich antirepublikanisch:
 - Heer ist kaisertreu und lehnt jede Schuld ab
 - Verwaltung, Beamte, Justiz, etc. sind kaisertreu und beklagen zum Teil ihren Statusverlust
 - Das Obrigkeitsdenken widerspricht den demokratischen Verhaltensweisen und verhindert die Fähigkeit zu Kompromissen
 - Kommunistische Ideen hatten Auftrieb nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland
 - Rechtslastige Justiz
- Verfassung ist zu liberal

1923: nach der Ruhrbesetzung kommt es zu einer galoppierenden Inflation,
Folge: Die Staatsschulden sind getilgt und der Mittelstand erneut verarmt

1924-29: „goldene Zwanziger“: wirtschaftlicher Aufschwung,
Deutschland ist im Völkerbund (Vorgänger der UNO)

1929: Börsenkrach in New York
→ enorme Geldverknappung in Dtl.
→ hohe Arbeitslosigkeit in Dtl. und USA: 1932 gibt es 6 Mio. Arbeitslose

Die Weimarer Verfassung

zu liberal, wg.:

- Reichspräsident besitzt besondere Vollmachten durch
 - Art. 48: Notverordnungsrecht
 - Art. 47: Oberbefehl über das Militär
 - Art. 25: Auflösungsrecht des Reichstages
- Jede Partei ist zugelassen. → Feinde der Republik waren von Anfang an im Reichstag
- Verhältniswahlrecht ohne 5 %-Klausel führte zur Bildung von Splitterparteien
- → Reichstag als „Quasselbude“: zu viele Parteien im Reichstag → Regierungsfähige Koalitionen werden kaum möglich, die Kompromissfähigkeit der Parteien ist zu gering:
 1. Anzahl der zur Verfügung stehenden Koalitionspartner ist sehr groß (Zu verschiedene Ansichten im Reichstag vertreten)
 2. Zwang zur Koalition mit mehr als zwei Koalitionspartnern (fünf Partner sind die Regel)
 3. Keine Erfahrung mit Demokratie und Koalition
- Kompromisscharakter
- Missachtung der Parteien in der Verfassung → „Antiparteieneffekt“ in der Bevölkerung
- Volksbegehren und Volksentscheide sind selten und meist erfolglos
- kein Parlament war mehr als zwei Jahre im Amt (bedeutet: wirtschaftliche Probleme; kein Vertrauen gegenüber der Legislative)
- 16 Regierungen innerhalb von 10 Jahren (bedeutet: keine Kontinuität; keine Entscheidungen)